

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

27. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.  
monatlich 20 Pf. ohne Beleggeld

Köln, den 21. November 1931

Erscheint vierzehntägig Samstags  
Eingelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 24

## Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe

Die Kündigung des Lohnstarifes durch den Deutschen Buchdrucker-Verein zum 30. November machte Verhandlungen über einen Neuabschluss notwendig. Diese wurden am 16. November in Berlin geführt, boten aber keinerlei Möglichkeit zu einer Verständigung. Es war vorauszu sehen, daß auch der Deutsche Buchdrucker-Verein von der Modetrantheit im Arbeitgeberlager, der Lohnbaupsychose, angesteckt sei. Niemand rechnete aber damit, daß der DDB den Versuch unternehmen würde, selbst größte Scharfmacherverbände noch zu übertrumpfen. Seine Forderung lautete: „Sentung des Spitzenlohnes von 55,— RM. auf 46,— Reichsmark pro Woche, das sind 16,4%! Man begründete diese Forderung damit, daß der Lohnaufbau im Buchdruckgewerbe in den letzten Jahren viel zu hoch und teilweise mit dem Index in Widerspruch stehend erfolgt sei. Der Lebenshaltungsindex vom Oktober 1931 stehe so, daß eigentlich eine Sentung des Spitzenlohnes auf 40,— RM. gerechtfertigt wäre. Der Lohn stehe heute um 85,5% höher, wie in der Vorkriegszeit. Es müsse also, um das Gewerbe vor dem Untergang zu retten, jetzt eine nennenswerte Lohnsenkung durchgeführt werden. Eingedenk der trostlosen Lage im Gewerbe möge man mit dazu beitragen, daß wieder eine Gesundung erzielt werden könne und möge vor allem ohne Erregung von Leidenschaften (!) rein sachlich zu der Arbeitgeberforderung Stellung nehmen. (Als ob solche Forderungen allein nicht schon zuviel Leidenschaft aufweckten!)

Die Arbeitnehmer waren bei Bekanntgabe der unerhörten Forderungen so empört, daß sie nahe daran waren, den Eintritt in Parteiverhandlungen überhaupt abzulehnen. Es geht über jede normale Begriffsauffassung hinaus, einem hoch qualifizierten Beruf 16,4% an Lohnsenkung zuzumuten. Um alle tariflichen Voraussetzungen zu erfüllen, suchte man schließlich dennoch die Begründung für eine derartige Forderung kennenzulernen. Arbeitnehmerseitig wurde die unveränderte Verlängerung des gegenwärtigen Lohnabkommens bis Ende September 1932 als Forderung der Gewerkschaften erhoben. Die Lohnsenkung von 8% im Februar 1931 müsse auch heute noch als eine Ungerechtheit bezeichnet werden und es wäre durchaus

am Platze, die Wiederherstellung des tariflichen Zustandes vor Februar 1931 herbeizuführen. Auch die Forderung der 40-Stundenwoche, verbunden mit billigen Lohnausgleich und zum wenigsten einem moralischen Einstellungszwange sei durchaus gerechtfertigt. Da aber die wiederholt geführten Verhandlungen hierüber auf den heftigsten Widerstand stießen, sehe man für den Augenblick davon ab, sie erneut zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Die Forderung der Arbeitgeber erfuhr schärfste Ablehnung. Man nannte sie frivol und verlebend für den ganzen Stand.

Wie absurd die Begründungsversuche für den geforderten Abbau waren, zeigt sich darin, daß beispielsweise behauptet wurde, der Hauer im Bergwerk verdiene höchstens 78 Pf. pro Stunde, gegenüber dem Buchdrucker mit 1,15 RM. Die Löhne der Metallarbeiter von Köln und dem Industrierevier wären in der Vorkriegszeit nur 14% unter den Buchdruckerlöhnen gestanden, jetzt betrage die Spanne 47%. Es scheint unnötig, im einzelnen darzulegen, daß diese Begründungsart schärfsten Widerspruch auslöste, zumal feststeht, daß es sich in der Metall-, Textil- und chemischen Industrie um Einstellungslohne handelt, die im Afford durchweg überschritten werden. Draufliche Bilder über die durch lange Kurzarbeit auch im Buchdruckgewerbe ausgewirkte schmale Lebenshaltungsbasis wurden vorgeführt und ausgedrückt, daß es den Arbeitgebern niemals gelingen werde, jene Lebensverhältnisse, wie sie im Waldenburger Bergrevier herrschen, auch im Buchdruck herbeizuführen. Man solle vor allem bedenken, daß es sich hier um eine qualifizierte und fast stets organisierte Berufsgruppe handelt, die es ablehnt, sich zum Heloten herabzublenden zu lassen. Im übrigen wurde auch auf den Berliner Schiedspruch für die Metallindustrie und auf den von der Regierung eingesetzten Wirtschaftsbeirat verwiesen. Es sei unverständlich, bei dieser Sachlage über die Lohnfrage zu debattieren, bevor man wisse, was von den Regierungsmaßnahmen zu erwarten sei.

Die Verhandlungen scheiterten.

Das Zentral-Schiedsamt nahm am folgenden Tage Stellung. Der Spruch ist bis 28. November 1931 vertagt.

## Der Kampf um den Lohn

Die Erfüllung der im Unternehmerlager förmlich Mode gewordenen Devise „Sentung der Gesehtungskosten“, wird durchweg nur darin erblickt, Lohnsenkungen herbeizuführen. Lohnsenkungen sollen aber logischerweise die Möglichkeit bieten, nicht nur billiger zu produzieren, sondern die Waren auch billiger abzusetzen. Doch letzteres begegnet das Unternehmertum und der Handel vielfach mit dem Hinweis, Preisentkungen seien nicht möglich, weil bisher kein Gewinn erzielt, sondern von der Substanz gezehrt worden sei. Der große Steuerdruck, die Sozialabgaben usw. verhindern angeblich jegliche Kapitalansammlung, und es sei überhaupt eine Kunst, am Zahlung die nötige Lohnsumme zusammenzubringen. Den Unterhändlern im Arbeitnehmerlager sucht man außerdem an Hand verschiedener Konturle im Gewerbe klarzumachen, daß es der Industrie und dem Handwerk ungemün schlicht gehe. Alle Unbill sei auf die „hohen“ Löhne und die Ungenügsamkeit der Arbeiterkraft zurückzuführen. Der in etwa geklärte Lebenshaltungsindex muß dann auch noch im besonderen Verhalten, um die Notwendigkeit einer Lohnsenkung zu begründen.

Wir vertreten nicht, daß viele Unternehmungen in der langanhaltenden Weltkrise in Bedrängnis gekommen sind. Aber es ist geradezu vermerkt, alles Unheil in der Tarif- und Lohnpolitik der Gewerkschaften zu suchen. Gibt es denn einen Stand, der neben dem Arbeitnehmer von der Krise gleich stark betroffen wurde? Wir erinnern

in diesem Zusammenhang auch an die in den Notverordnungen ausgewirkten Ungerechtigkeiten gerade für die Arbeiterkraft. Welche Erleichterung haben denn alle bisherigen Lohnsenkungen gebracht? Bedinglich ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit und Vermehrung der Kurzarbeit. — Die staatlichen Schlichtungsausschüsse haben vielfach unter Vertennung der Sachlage mehr wie recht und billig dem Drängen der Unternehmer Rechnung getragen. Die erzwungenen Lohnsenkungen haben keine Mehrarbeit ermöglicht, sondern die Kaufkraft der breiten Masse so geschwächt, daß diese nur noch den dringendsten Lebensbedürfnissen Rechnung tragen kann. Für die Kurzarbeiter ist die Lage schon vielfach unerträglich geworden, zumal dieselbe teilweise Formen angenommen hat, die förmlich zur Verzweiflung treibt. Uns sind Buchbindereibetriebe bekannt, die schon seit Monaten nur noch 2 Tage in der Woche arbeiten lassen und gelernte Buchbinder, darunter Familienväter mit großer Kinderzahl, mit dem Zuspruch der staatlichen Kurzarbeiterunterstützung noch nicht einmal einen Verdienst von 20 RM. pro Woche erzielen können. Die Arbeiterkraft bringt ungemaine Opfer um ihren Arbeitsplatz. Das möge man daran erkennen, daß selbst einidgige Beschäftigung pro Woche vorgezogen wird, trotzdem man sich ohne Arbeit besser stehen würde. Die Gefahr, aus dem Beruf ausgeschieden zu werden, läßt solchen Heroismus heraufsteigen. Trotzdem glauben reaktionär eingestellte

Menschen in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung von einer Faulenzergprämie sprechen zu sollen.

Trotz all dieser Opfer und dem Mißerfolg im Preisabbau geht das Geschrei über die „überhöhten“ Löhne weiter, und selbst der Deutsche Buchdrucker-Verein hat den Buchdrucker- und Hilfsarbeiterlohnstarif in der Hoffnung gekündigt, die Tariflöhne senken zu können. Die Arbeiterkraft im Buchdruckgewerbe empfindet die Absicht des Arbeitgeberverbandes als sozial reaktionär und beauftragt die Gewerkschaften, sich dem Willen des Arbeitgeberverbandes mit voller Kraft entgegenzustellen.

Der reichstariifgegnerische „Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung“ sucht alles zu übertreffen, indem er seinen angeschlossenen Firmen und örtlichen Untergruppen die Parole aufdrängt, nicht nur „los vom Reichstariif“, sondern „Anpassung der Löhne an die jeweilig niedrigst entlohnende Industriegruppe des Ortes oder Bezirks“. Selber findet er teilweise diesbezügliche Unterstützung der örtlichen Schlichtungsstellen. Hat doch vor kurzem der Vorsitzende eines Schlichtungsausschusses zugunsten der Außenleiter in öffentlicher Verhandlung ausgedrückt, reichstariifliche Lohnregelung sei Unsinn. Die örtliche oder bezirkliche Lohnstruktur müsse für die Lohnbildung ausschlaggebend sein. Wenn also beispielsweise die Textilindustrie am Orte oder Bezirke vorherrschend ist, so fordern die Reichstariifgegner Anpassung an diese und finden nicht selten Unterstützung durch staatliche Schlichter. Schuld an diesen Dingen ist insbesondere der Umstand, daß der „Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung“ stets eine übertriebene Beachtung im Reichsarbeitsministerium gefunden hat. Seiner irreführenden Propaganda ist es zuzuschreiben, daß die jeweiligen Allgemeinverbindlichkeitsklärungen mit Ausnahmen versehen wurden, daß nicht nur bestehende Sonderstarife gekündigt, sondern auch neue von den Oppositionsgruppen mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen geschlossen werden konnten.

Der DDB umfaßt nicht nur Berufe, die an den jeweiligen Tarifen im Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige interessiert sind, sondern auch solche, die keinerlei verwandtschaftliche Beziehungen zu denselben aufweisen. Wir erinnern nur beispielsweise an die Tapetenindustrie. Er protestiert aber nicht mit der Zahl derjenigen Betriebe und Beschäftigten, die ihrer Struktur nach dem zur Debatte stehenden Tarif gleichzustellen sind, sondern mit seinem ganzen Klumpack. Die jeweilige Zahl der Beschäftigten ist dann so hoch, wie sie selbst in Hochkonjunkturzeiten nicht sein könnte. Bei gemischten Betrieben wird außerdem alles mitgezählt, d. h. Buchdrucker, Steindruck usw. nicht ausgenommen.

Bekanntlich wurde bei den Verhandlungen mit dem „Api“ der Lohnvertrag bis 13. Januar verlängert. Für die Briefumschlagindustrie ist hierbei den Unternehmern eine Verschiebung in der Alterskala für Arbeiterinnen zugestanden worden. Dieser Umstand bedingte, daß ein neuer Allgemeinverbindlichkeitsantrag für die Veränderung gestellt werden mußte. Der DDB hatte nun wieder Gelegenheit, gegen den neuen Allgemeinverbindlichkeitsantrag Sturm zu laufen, indem er nicht nur selbst mit seiner berühmten Zahrentheorie aufmarschierte, sondern auch die Untergruppen, wie immer üblich, zum Protest aufforderte. Mit einer wahren Virtuosität versteht es der Geschäftsführer, Herr Dr. Coerper, mit seinen Eingaben an das Ministerium den Eindruck zu erwecken, das dem „Api“-Tarif keinerlei überwindende Bedeutung zukomme. Seine berühmten Zahlen erdrücken alles. Strupellos arbeitet er sogar so, daß er für bestimmte Landesstellen mehr Beschäftigte unter seinen Bereich zählt, als in dem betreffenden Gebiete überhaupt für den in Frage kommenden Tarif vorhanden sind. Selber ist die Allgemeinverbindlichkeitsform beim „Api“-Tarif immer so gewesen, daß nur der DDB mit ihr zufrieden sein konnte. Er betrachtet es aber als ein Verbrechen, wenn die Vertreter der Gewerkschaften ihren Protest gegen Sonderstarife ausdrücken und bei örtlichen Verhandlungen, so auch vor dem Schlichtungsausschuss, auf den Reichstariif verweisen. Trotzdem die Buchbinderreichstariife, so der DDB, bis 31. Dezember, der „Api“- und Druckerbuchbinderstarif bis 13. Januar verlängert sind, haben es die Reichstariifgegner von Wuppertal und R.-Glabbach

mit Hilfe der Schlichtungsbehörden erreicht, daß die bisher mit dem Reichstarif in Übereinstimmung stehenden örtlichen Tarife in Wuppertal um 7, und jene von M. Stadbach um 6 Prozent gesenkt wurden. Der Spruch von Wuppertal wurde verbindlich erklärt, und in M. Stadbach hat man sich notgedrungen geeinigt, weil sonst ein weit ungünstigerer Spruch ausgewirkt worden wäre.

Wenn sich auch manche Firmeninhaber im Bereich des M.D. vorerst heimisch fühlen, so mögen sie sich doch gelagt sein lassen, daß auch wieder andere Zeiten kommen. Man kann nicht ungefragt auf Kosten anderer sündigen. Im Interesse des Berufes muß gelagt werden, daß nur ein zentraler Reichstarif die Grundlage für eine

gesunde Preis- und Lohnpolitik bieten kann. Die Bestrebungen, durch Sondertarife billigere Löhne auszuhandeln, müssen daher als der Schmutzfontäne dienend gebrandmarkt werden.

Ein Lichtblick zeigt sich in der Begründung des Spruches für die Berliner Metallindustrie, wonach erst die Preise gesenkt, und dann erst von einer Lohnveränderung gesprochen werden könne. Hoffentlich erkennt auch die Regierung, daß die einseitige Belastung des Arbeiters zum Ruin von Staat und Volk führen muß, und bremst die Mode gewordene Lohnabbauerei zum mindesten bei den staatlichen Schlichtungsstellen ab.

Löhnen zu befriedigen. Die Arbeiter hätten aber keinen Vorteil von den höheren Löhnen gehabt, weil sie durch steigende Preise aufgehoben wurden. Diese Preiserhöhung war Ursache für die Erhöhung der Beamtengehälter, die wiederum zur Steigerung der steuerlichen Belastung führte. Die Gewerkschaften sind an dieser ganzen Entwicklung schuld, denn sie waren seit 13 Jahren die eigentliche Macht im Staate. Sie sind schuld an der Grobmannsjucht und an der ohne Beispiel betriebenen Verschwendung. Sie haben geglaubt, mit der politischen Macht alles aus der Wirtschaft herauspressen zu können.

Also die Gewerkschaften sind an allem schuld. Vielleicht auch an den zahlreichen Fällen des Zusammenbruchs von Wirtschaftsunternehmen, die auf Verschulden der Führung zurückzuführen sind? J. B.: Faag, Nordwolle, Danat, Schultzeiß-Bahnenhofer u. a. In der Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft hat man in geradezu verbrecherischer Weise mit den Geldern der Versicherten gewirtschaftet. Bei Nordwolle liegt der Bericht des Konkursverwalters vor, der zirka 200 Millionen ungedeckter Schulden ausweist. Bei Schultzeiß-Bahnenhofer hat der Direktor Kähenellenbogen des großen Bier- und Spirituosen-Transaktionen auf ungelegentlichem Wege vorgenommen, die einen Verlust von 30-40 Millionen bringen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ wehrt sich dagegen, daß diese Fälle verallgemeinert werden. Sie legt dar, daß es sich bei der Faag usw. um Einzelfälle handle, keineswegs um ein System. Dabei vergißt sie aber, daß sie selbst jeden kleinen Fall, wo vielleicht einmal ein Arbeitsslofer einen geringen Nebenverdienst neben der fargen Unterstützung bezogen hat, sofort ein System daraus macht. Ein System der herrschenden, durch die Sozialversicherung und die Gewerkschaften geförderten Unmoral der Arbeiterschaft. Es ist aber unbequem, wenn solche Zweifelpflichtigkeit durch die Gewerkschaftsblätter immer wieder aufgedeckt, und dazu noch eine schärfere Beaufsichtigung der Wirtschaftsunternehmen, Reformen des Aktienrechtes und größere Bilanzklarheit gefordert wird. Deshalb der gemeinsame Ruf: Hinweg mit den Gewerkschaften!

Dazu ist kein Mittel zu schlecht. Sogar die sonst doch als unfähig abgelehnte Reichsregierung soll helfen. Die „Deutsche Zeitung“ Nr. 246 macht den Vorschlag, durch Notverordnung eine

## Zeitenwende - Schicksalswende

In unserm lieben armen Vaterlande, darüber hinaus aber auf der ganzen Welt wächst die politische Unruhe, steigern sich die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten. Immer stärker wirt sich der Schwund der Kaufkraft aus. Höher und höher klettern die Zahlen der Arbeitslosen, und immer bedenklicher wankt das Gefüge der wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen. Damit kommt sinnfällig zum Ausdruck, welch umfassende allgemeine Krise die Welt durchzieht. Selbst das reiche Amerika wird von dem Strudel der allgemeinen Unruhe und Not erfasst — England, das Land, dessen Bank als die sicherste schlechthin galt, kommt in Währungschwierigkeiten. Stillgelegte Werke, verkrachte Banken, Millionen arbeitsloser Menschen auf der ganzen Welt und in allen Ländern!

Es sollen hier zunächst nicht die Ursachen dieser allgemeinen Krisenerscheinungen untersucht werden. Sie sind bekannt. Wir wollen nur festhalten, daß nicht nur Deutschland, sondern auch die ganze übrige Welt schwer unter dieser furchtbaren Krise leidet. Auch das ist bekannt.

Trotzdem wagen es gewisse Kreise in Deutschland, die Gewerkschaften, die gewerkschaftliche Lohn- und Sozialpolitik als die alleinigen Ursachen der deutschen Not hinzustellen. Sie schreien diese dreifache Behauptung in die Öffentlichkeit hinaus, obwohl sie selbst genau wissen müssen, wie unwahr ihre Beweisführung ist. Schon ein Blick nach Amerika, das kein staatliches Schlichtungswesen, kein Tarifvertragsrecht und keine Sozialversicherung kennt, aber ebenso schwer von der Krise heimgesucht ist, zeigt die Unwahrscheinlichkeit solcher Behauptung.

Warum aber dann dieser Kampf gegen die Gewerkschaften? Darüber geben die verschiedenen Verkaufbarungen der Unternehmerpresse und der von ihnen abhängigen Tageszeitungen erschöpfend Auskunft.

### Freies Spiel der Kräfte

wird gefordert. Mit andern Worten, man will aus der Not eine Lüge, will aus dem Wirtschaftsniedergang ein materielles und politisches Geschäft machen. Die bisherigen Lohnführungen werden als vollständig ungenügend bezeichnet, weil angeblich die Preise im selben Ausmaße gesenkt seien, und damit eine verbilligte Produktion unmöglich gemacht worden sei. Die sozialen Versicherungen werden bekämpft, weil sie angeblich die Selbstachtung der Menschen untergraben und den Trieb zur Sparsamkeit und Eigenhilfe ertöten sollen. Die Arbeitslosenversicherung mit ihren mehr als färglichen Unterstützungssätzen wird noch immer als Versorgungsanstalt für Faulenzer bezeichnet, welche die Menschen zu Staatspensionären mache und dem Volk die Lust an der Arbeit austreibe. All unsere so bitter notwendigen sozialen Versicherungen sollen ein Wert der „Gewerkschaftsbürokratie“ sein. Ein Wert, das nur deshalb noch erhalten werde und den Wiederaufstieg Deutschlands hemme, weil bei uns „zugunsten der Gewerkschaften regiert“ würde.

Aus diesen Gedankengängen sind in erster Linie auch die fortgesetzten Versuche zu verstehen, die von Industriellen und Bankleuten gemacht werden, um politisch an die Macht zu gelangen. Auf dieselben Grundgedanken war letztendlich auch die Bildung der Harzburger Front zurückzuführen.

Die Wirtschaftsnote wird also zum reinen Anfaß und zur Attrappe, um politischen Unternehmern Energie und die Eier nach mühelosem Gewinn durch Lohnführungen zu verdeden. Sehr klar sagt dies ein Vorschlag in den „Deutschen Führerbriefen“, einer politisch-wirtschaftlichen Korrespondenz, der den deutschen Unternehmern folgendes Vorgehen empfiehlt:

### Die Zerstörung der Arbeiterorganisationen

sein. Der Augenblick sei überaus günstig, die Front der Arbeitnehmer zu zer schlagen, auf folgende Weise: Weitere radikale Kürzung aller Tariflöhne, gleichzeitig aber solle jeder einzelne Betrieb mit dem einzelnen Arbeiter getrennt und persönlich verhandeln, und ihm — dem einzelnen — den bisherigen Lohn, oder sogar eine kleine Aufbesserung garantieren. Nach Meinung des Verfassers wäre die Folge, daß sich die Arbeiter haufenweise

von ihren Verbänden abkehren, und sogar gegen die Organisationen stellen würden, weil ja in dem einzelnen das Bewußtsein genährt würde, eine besonders wichtige und gutbezahlte Person zu sein. Wörtlich heißt es da: „Angstliche Gemüter werden dem entgegengehalten, daß das ja Geld kostet. Das ist allerdings wahr. Aber vielleicht überschätzt man einmal die Höhe dieser Kosten, dann wird man sicher feststellen, daß dieser Betrag in keinem Verhältnis zu dem steht, was man mit ihm erreichen kann. Man sollte sich von dieser Kurzsichtigkeit freimachen, und über die augenblicklichen Kosten nicht ganz den Erfolg auf weitere Sicht aus den Augen verlieren. Wenn wir tatsächlich vor wirtschaftspolitischen Entscheidungen stehen und sie auch wollen, dann soll man auch gewisse Aufwendungen für diese Entscheidungen nicht scheuen. Hier steht Krämergeist gegen zielbewusste Politik!“ — Diese Anregung stammt aus Wirtschaftstreifen. Hier wird also offen zugegeben, daß es ja für den Augenblick gar nicht so sehr darauf ankommt, durch Lohnkürzungen Geld zu sparen, daß man im Gegenteil ruhig mehr Geld ausgeben könne — nur um das prinzipielle Ziel, die Zerrüttung der Gewerkschaften zu erreichen. Das „Kölnner Tageblatt“ schreibt zu diesem Vorschlag u. a.: „... Wir wissen, daß der Verfasser dieser unmöglichen, und die deutsche Unternehmerschaft über die Massen diskreditierenden Vorschläge nur ein Tölpel und Narr sein kann, der glaubt, die Not eines Volkes ungefragt in Gold auszumünzen zu können.“

### Hauptfeind: Die Gewerkschaften

Der Vertrauensmann der deutschen Schwerindustrie ist Herr H u g e n b e r g. Er hat kürzlich in Hessen geredet, und sich dabei vorgestellt als „der schlichte Mann im Graurock des politischen Feldkrieges, als Puritaner der nationalen Bewegung, der seine Arbeit in Einfachheit und Prunklosigkeit tut“. Na ja, es kommt eben darauf an, was man unter schlicht und einfach versteht. Wir wollen uns über diese Begriffe ebensovienig mit Herrn Hugenberg auseinandersetzen, wie über seine politischen Reden und Laten. Nur eine Stelle aus dieser Hesenrede des schlichten Graurockes interessiert uns hier, weil darin seine eigenen Pläne, und damit doch auch der hinter ihm stehenden deutschen Industriellen zum Ausdruck kommen. Er sagte u. a.:

„Niemand habe dem deutschen Arbeiter mehr geschadet, als die Sorte von Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern, die sich in Deutschland unter dem Einfluß des Marxismus und im Widerspruch zu einer gleichfalls immer mehr marxistisch verfeuchten Arbeiterchaft entwickelt habe. ... Daß Deutschland nicht mit den heutigen Gewerkschaften, sondern nur gegen sie zu retten sei, habe die Reichstagsabstimmung vom 16. Oktober gezeigt, bei der die nationale Opposition einem geschloffenen Ring von Gewerkschaftsparteien gegenübergestanden habe.“

Man sieht, Hugenberg stellt Gewerkschaften und Marxismus gleich. Dabei ist ihm wohl bekannt, daß christliche Gewerkschaften und Marxismus zwei grundverschiedene Wesen verkörpern. Aber — nach einem bekannten Ausspruch, der erst vor wenigen Tagen durch die „Bergwerkszeitung“ wieder aufgegriffen wurde, sind „die christlichen Gewerkschaften schlimmer als die Sozialisten“.

### Das Schuldkonto der Gewerkschaftspolitik

Auch die Wissenschaft ist von den Gewerkschaftsfeinden in Gold genommen. Bekanntlich geben die notleidenden Unternehmer viel Geld dafür aus, sich einen gefügigen Stamm rüdgütiger Gesellen in den „gelben Gewerkschaften“ oder „vaterländischen Arbeitervereinen“ heranzuzüchten. Blutapfelstein nannte man die mehr oder weniger freiwilligen Anhänger dieser Bewegungen schon früher. — Augen gelb, innen rot! Dieses nur mühsam am Leben erhaltene Gebilde hielt in Berlin eine sogenannte Wirtschaftstagung ab, wobei der bekannte Professor Dr. Hornfeffer (Gießen), über „Wirtschaftsstribe und Gewerkschaften“ sprach. Er glaube betonen zu müssen, daß er ein Freund der Arbeiter sei, wenn ihm auch kein Kampf die Feindschaft der Gewerkschaften zugegangen habe. Zur Krise sah er „Der Tag“, Berlin, Nr. 258, „... sie würde sich lo verhängnisvoll aus, weil die Gewerkschaften mit ihrem Einfluß im Staate die Wirtschaft verfallt hätten. Die hochgeschätzten Erwartungen der Massen verfluchte man mit höheren

### Enteignung der Gewerkschaften

durchzuführen. Aus lauter Sorge um die Arbeitslosen (wer lacht da?) schreibt sie: „In einer Zeit, in der die Krise jeden gewerkschaftlichen Kampf von vornherein unmöglich, weil ausichtslos macht, in einer Zeit, in der aller Tagesstreit fallen gelassen werden muß, fragt man sich mit Recht, wozu die Gewerkschaften Kampffonds ansammeln. Streiffonds und andere Mittel, die doch nie ihren Zwecken, nämlich dem Kampfe, zugeführt werden können. Wenn sich die Arbeiterschaft schon diesen empfindlichen Abzug von ihrem Lohn zu gewerkschaftlichen Zwecken gefallen lassen muß, so soll sie doch wenigstens das Bewußtsein haben, damit den Armen der Armen zu helfen, anstatt utopische Ziele zu subventionieren. ... Bei der bekannten Einstellung der Gewerkschaftsleitungen, sowohl der freien wie auch der sogenannten „christlichen“, ist es nicht anzunehmen, daß sich die maßgebenden Persönlichkeiten freiwillig zu der hier vorgeschlagenen Hilfsaktion verstehen werden. Aber es wäre doch der Reichsregierung, an deren Spitze zur Zeit ein bewährter Gewerkschafter steht, dringend zu empfehlen, Erwägungen darüber anzustellen, ob es nicht zweckmäßig wäre, auf dem Notverordnungswege die wohlhabenden Gewerkschaften zu veranlassen, ihr Scherflein zur Winderung der Not beizutragen.“

Ja wohl, das wäre so etwas! Wenn die Gewerkschaften dann kein Geld mehr haben, müßten sie ja von selbst zusammenbrechen. Man könnte durch eine kleine Aussperrung und ähnliche schöne Mittel noch etwas nachhelfen — und dann wäre es geschafft. Man wäre wieder Herr im Hause!

Da war im „Deutschen“ kürzlich eine kleine Notiz zu lesen unter dem Titel:

### Sie genießen den Schutz des Verbandes

Jrgendein Unternehmer hatte von einer Anzahl entlassener Arbeiter angeblich zu wenig einbehaltene Versicherungsbeiträge eingefordert, und ihnen Zahlungsbefehle geschickt. Zwei der Entlassenen waren christlich organisiert und beantragten Entscheidung des Arbeitsgerichtes. Vor dem Termin erklärte nun der Unternehmer: „Die Durchführung der Klage gegen die beiden Leute ist ausichtslos, weil dieselben organisiert sind und damit den Schutz des Verbandes haben. Ich ziehe die Klage zurück. Gegen die andern Beklagten halte ich die Klage aufrecht.“ Also — der betreffende Herr spekulierte darauf, daß keine Arbeiter nicht organisiert seien. Er wußte genau, mit den Unorganisierten kann man alles machen, da hätte er leichtes Spiel. Aber bei den zwei christlich organisierten verzichtete er lieber auf die Austragung seiner Klage. Warum? Weil sie den Schutz des Verbandes haben. Also muß dieser Schutz verschwinden!

Dieser keine Auszug aus dem wirklichen Leben beleuchtet blickartig und viel besser als spaltenlange Artikel die Gründe und Ursachen der fortgesetzten kostspieligen Kämpfe gegen die Gewerkschaften. Die Unternehmer wollen erzwingen, daß sich die Arbeiterschaft ihnen bedingungslos unterwirft. Dieses Ziel ist in dem Augenblicke erreicht, wo die Gewerkschaften niedergedrungen sind!

Der Kampf ist im vollen Gange. Wir stehen vor gewaltigen Entscheidungen. Wollen wir Sieger werden, so müssen alle Mittel zur

**Stärkung der gewerkschaftlichen Abwehrfront**

ergriffen werden. Eine Entscheidung kann nur unter Opfern errungen und erkämpft werden. Den gewaltigen Anstrengungen der vereinigten reaktionären Kräfte müssen wir deutsche Arbeiter uns in entschlossener, gefestigter, mutvoller Abwehr entgegenwerfen. Deshalb: Verschafft euch Eingang und Einfluß in den politischen Körperschaften, zerstört dort die gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen. Weist die lügenhaften Anschuldigungen „die Gewerkschaften sind an allem schuld“ zurück, und schreit es hinaus in alle Öffentlichkeit:

Die christlichen Gewerkschaften wollen eine sinnvolle Wirtschaft, wollen Gerechtigkeit und Achtung auch dem arbeitenden Menschen gegenüber. Sie wollen an der notwendigen Neuordnung und Neugestaltung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens mitwirken und so die Grundlagen schaffen, für eine Wohlfahrt des ganzen Volkes. Darum kämpfen wir. Und so soll die anbrechende Zeitenwende eine Schicksalswende nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für Volk und Wirtschaft werden.

Kampf- und opferbereites Scheitern im schweren Ringen um die Erhaltung der Arbeiterrechte ist dazu erste Voraussetzung. Darum kann die Antwort auf die allseitigen Angriffe nur die sein: enger geschlossen die Reihen, hinein in die christlichen Gewerkschaften, hinein in den Graphischen Zentralverband!

**Arbeitsrecht und Sozialpolitik**

**Richtlinien der Reichsanstalt für die Gewährung von Sachleistungen.** Der Vorstand der Reichsanstalt für WAW hat gemäß der ihm durch die Notverordnung vom 6. Oktober in dem neuen § 109 Abs. 2 WAW erteilten Ermächtigung in seiner Sitzung vom 22. Oktober Bestimmungen über die Gewährung von Sachleistungen an Arbeitslose beschlossen, die in dem allgemeinen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 12. Oktober bereits angekündigt worden sind.

Die Grundtendenzen der Bestimmungen ist eine Unterbrechung der im Erlaß des Ministers ausgeprägten Forderung, Sachleistungen ausschließlich in Anlehnung an die Gemeinde (Gemeindeverband) zu gewähren, und zwar unter ausdrücklicher Unterordnung der Beschlüsse des Arbeitsamtes unter diejenigen der Gemeinde, demnach von vornherein nur an Orten, in denen gemeinschaftlich Sachleistungen gewährt werden. Diese Gedankenrichtung in den für die Sachbelieferung maßgebenden Grundfäden ist sehr zu begrüßen. Sie ist ein Zeichen der wachsenden Erkenntnis, daß in der Betreuung der Arbeitslosen eine enge Zusammenarbeit von Arbeits- und Wohlfahrtsamt unerlässlich und unaufschiebbar ist.

Als die einfachste Form von Sachleistungen sieht der Vorstand die Ausgabe von Bezugscheinen an, deren Abnahme seitens der Arbeitslosen freiwillig ist. Indessen dürfen die Arbeitsämter auch Gutscheine für ihre Unterfertigten von den Gemeinden erwerben, sofern diese deren Einführung für nötig halten. Die Abnahme der Gutscheine wird im allgemeinen freiwillig sein.

Für den Fall, daß Gemeinden (Gemeindeverbände) für die von ihnen Betreuten die weitestgehende Form der Naturalleistung, die Anrechnung von Sachleistungen auf die Unterstützung — in Form zwangsweiser Abnahme von Gutscheinen — vorschreiben, hat der Vorstand den Vorständen des Arbeitsamtes ermächtigt, letzterseits eine entsprechende Anrechnung anzuordnen, die nach dem WAW bis zu einem Drittel der Unterstützung erfolgen darf. Diese Ermächtigung ist jedoch zunächst auf Gutscheine auf Brot und andere Getreiderzeugnisse beschränkt. Der Vorstand hat den Präsidenten der Reichsanstalt ermächtigt, soweit örtlich im Interesse der Arbeitslosen ein Bedürfnis besteht, die zwangsweise Abnahme von Gutscheinen auch für andere Lebensmittel und für Brennstoffe anzuordnen.

Die Anrechnung darf nicht bei Arbeitslosen erfolgen, die a) nach § 89a WAW nur teilweise als arbeitslos anzusehen sind, b) nach §§ 112, 112b infolge von Einkommensanrechnungen weniger als die Hälfte ihres Wochenunterstützungslahes erhalten, c) im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt sind, d) als Krisenunterfertigte wegen teilweiser Bedürftigkeit weniger als die Hälfte ihrer Unterstützung erhalten, e) Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung sind. Der vom Vorstehenden des

Arbeitsamtes festzusetzende Wert der Sachleistungen ist auf den Betrag zu bestimmen, den das Arbeitsamt der Gemeinde (Gemeindeverband) gegenüber für den Erwerb des Gutscheins aufwenden muß.

Der Vorstand weist die Arbeitsämter noch einmal ausdrücklich an, sich an den Verhandlungen der Gemeinden über Maßnahmen zur Verbilligung des Lebensbedarfs oder zur Gewährung von Sachleistungen zu beteiligen, soweit es sich um die vom Arbeitsamt betreuten Arbeitslosen handelt. Hinsichtlich der den einzelnen Unterstützungsempfängern zuzuführenden Mengen von Gegenständen des Lebensbedarfs haben sie sich tunlichst den von den Gemeinden aufzustellenden Grundfäden anzuschließen. Von Erzeugergruppen (Rohstoffindikat) zur Verfügung gestellte Bezugscheine haben sie den Arbeitslosen weiterzugeben. Die eigene Herstellung von Bezugscheinen oder Gutscheinen wird untersagt; ebenso die Beteiligung an den Herstellungskosten der Bezugscheine und die unmittelbare Einlösung von Gutscheinen, die der ausstellenden Stelle zu verbleiben hat.

**Die Vorschriften über die Bedürftigkeitsprüfung der Krisenfürsorge.** Nachdem der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung durch eine Verlängerung der Dauer der Krisenunterstützung auf zusammen 58 Wochen festgelegt hat, sind in einer besonderen Verordnung nunmehr auch die Ausführungsbestimmungen herausgegeben worden. Der Grundfaden für die Gewährung der Krisenfürsorge

**Wenn der Reichszankler in andern Zusammenhang gesagt hat: „Ich warne vor Augenblickslösungen unter dem Druck dringender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlimmere Folgen haben, als der gegenwärtige Zustand“ so läßt sich dieser Gebanke auch auf die Reformen des Tarifrechtes anwenden. Würde der Tarifvertrag verschwinden oder abdingbar gemacht werden, so würden wirtschaftliche und soziale Kämpfe von unabsehbarer Schwere die Folge sein. Das sollte jeder bedenken, dem in der Gegenwart der unabdingbare Tarifvertrag privatwirtschaftlich einengend erscheinen sollte. Wir können das kollektive Arbeitsrecht ohne Gefahr für die Gesellschaft nicht entbehren.**

(Aus Erhaltung d. Tarifvertrages „Soziale Praxis“, Heft 48)

ist die Bedürftigkeit. In dem neuen Erlaß wird nun das Arbeitsamt und die zuständige Gemeinde oder der zuständige Gemeindeverband zur Prüfung der Bedürftigkeit mit herangezogen. Das Arbeitsamt prüft diese Bedürftigkeit nach rechnerischen Grundfäden mit der Feststellung, daß das eigene Einkommen des Arbeitslosen nur dann voll anzurechnen ist, soweit es in einer Kalenderwoche 20% des Betrages übersteigt, den der Arbeitslose in der entsprechenden Kalenderwoche an Krisenunterstützung erhalten würde. Auch das Einkommen von Angehörigen soll dem Arbeitslosen angerechnet werden, jedoch ein Betrag bis zu 20 RM in der Kalenderwoche soll entsprechend den persönlichen und örtlichen Verhältnissen freibleiben. Anrechnungsfrei sind weiter Unterfertigungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden. Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Ehrenämtern, Leistungen der Wochenhilfe und der Familienhilfe, Übergangsrenten aus der Unfallversicherung, aus Berufsstrantheiten, Pflegezulagen und Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz, und schließlich die Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht. Die Bewertung von Vermögen des Arbeitslosen darf nicht verlangt werden, wenn sie für ihn oder einen seiner Angehörigen eine unbillige Härte bedeuten würde, oder offenbar unwirtschaftlich wäre. Die Gemeindeverbände prüfen die Bedürftigkeit nach den besonderen Lebensverhältnissen des Unterstützungsortes. Die Arbeitsämter müssen die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Prüfung der Bedürftigkeit mitwirken lassen. Der Vorstehende des Arbeitsamtes hat aber die Entscheidung, ob die Krisenunterstützung gewährt wird oder nicht, über das Zusammenwirken zwischen Arbeitsamt und Gemeinden sollen noch besondere Vereinbarungen nach Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Reichsanstalt und den kommunalen Spitzenverbänden herausgegeben werden. Die Gemeinden unter 50 000 Einwohner erhalten für die Prüfung der Bedürftigkeit — 50 RM, je Prüfung, die übrigen Gemeinden — 35 Reichsmark. Sowohl die Verordnung über die Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung, wie die Durchführung und die Dauer der Krisenfürsorge tritt mit dem 9. November 1931 in Kraft.

**Allgemeine Rundschau**

**Der Schiedspruch der Berliner Metallindustrie. — Ein Anfang!** Ein interessanter Schiedspruch ist für die Berliner Metallindustrie gefällt worden. Die Schlichterkammer unter dem Vorsitz von Gewerbetat Rönner gab den geforderten Lohnabbauplänen der Unternehmer nicht statt, sondern verlängerte den bisherigen Lohn. In der Begründung ist gesagt: einstweilen bleiben die Löhne wie sie sind, erst wollen wir einmal die angekündigten Maßnahmen zur Preisentlastung abwarten, und dann wird sich zeigen, ob ein weiterer Lohnabbau erstens notwendig, und zweitens durchführbar ist.

Eine Schwatze macht noch keinen Sommer; aber dieser Spruch unterscheidet sich doch angenehm von den sonst in letzter Zeit gefällten. Hoffentlich wird er der Anfang der Einsicht in die Sinnlosigkeit der schablonenmäßigen Lohnabbaupläne. Die Entscheidung wird natürlich in der Presse stark kommentiert. Wir stellen nachstehend einen Auszug verschiedener Auslassungen gegenüber.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Wir halten den Schiedspruch trotz seiner geschichtlichen Formulierung für eine Fehlentscheidung, weil die Industrie auf die verklärte Selbstkürzung nicht länger warten kann, und weil schließlich irgendwo der Anfang gemacht werden muß, nachdem der erste nur allmählich und zögernd durchgeführt wurde.“ — „Berliner Börsen-Zeitung“: „Der Schiedspruch stellt eine geradezu unmögliche Entscheidung dar. ... Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, wenn man auch ... dieser Schiedspruch nimmt offensichtlich Rücksicht auf die bevorstehenden Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates und die angelegentlichen Wirtschaftsmahnahmen der Reichsregierung.“ — „Berliner Tageblatt“: „Wenn jetzt der Schlichter bis zum Ende des Jahres eine neue Kürzung des Nominallohnes ablehnt, so stellt er damit den Unternehmern, der Regierung und dem Wirtschaftsbeirat die Aufgabe, bis zum Ende des Jahres die Kürzungen für eine neue Revision des Tarifes zu schaffen. Ansonsten kann der Berliner Schiedspruch von den heute zummentretenden Ausschüssen des Wirtschaftsbeirates gar nicht ernst genug gewürdigt werden.“ — „Vorwärts“: „Dieser Spruch ist richtunggebend. In diesem Spruch wird der Wirtschaftsbeirat nicht vorübergehen können, wenn er das Lohnproblem erörtert.“

Angesichts der seit einem Jahre sich jagenden Lohnsenkungen gehört schon eine ziemliche Unverschämtheit dazu, wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, „irgendwo müsse doch schließlich der Anfang gemacht werden“. Man staunt! Der „Anfang“ ist bekanntlich seit Jahr und Tag bei Löhnen und Gehältern gemacht — was uns fehlt, ist die Fortsetzung“ in Gestalt entsprechender Preisentlastung! Damit sind die Aufgaben des neuen Wirtschaftsbeirates und der staatlichen Schlichtungsinstanzen klar umrissen. Hoffentlich ist mit obigem Spruch wirklich ein „Anfang“ in gutem Sinne gemacht.

**Der Reichsverband der deutschen Industrie gegen Währungsexperimente.** Am 31. Oktober 1931 fand eine Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes in Berlin statt. Es wurde vom Abg. Frowein ein Bericht des Verwaltungsrats der Internationalen Handelskammer, der in Paris getagt hatte, erstattet. Er betonte, daß alle Beteiligten eine tiefe Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten für eine die ganze Welt bedrohende Wirtschaftskrise an den Tag gelegt hätten.

Bemerkenswert ist die Haltung des Reichsverbandes zur Währungsfrage. Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 814 bis 815) vom 1. Nov. 1931 berichtet darüber folgendes: „In der Währungsfrage halte es das Präsidium nach wie vor für unbillig, daß Deutschland etwa dem englischen Beispiel folge. Der Weg der Erhaltung der deutschen Währung sei zwar hart; aber jedes Experiment auf währungspolitischem Gebiete stelle ein Verbrechen am deutschen Volke dar.“

Das ist eine deutliche Abgabe an die Währungspetulantien im Unternehmerlager.

**Für unsere Jugendgruppen**

**Jugendgruppe Freiburg und Waldkirch**

Seit Gründung unserer Jugendgruppen durch selbstlose Kollegen wird jede Möglichkeit zur Weiterbildung für Beruf und Leben willig geboten und auch genutzt. Eine Veranstaltung in diesem Sinne war das Treffen der Jugendgruppen Freiburg und Waldkirch am 25. Oktober zu Freiburg. Kollege Lungwitz als Fachleiter hatte dafür gesorgt, das Arbeiten in seiner Gruppe durch eine gut aufgebaute Ausstellung zu veranschaulichen. Unter ganz primitiven Verhältnissen und aus allerkleinsten Anfängen heraus haben sich diese Abendkurse entwickelt. Aus theoretischen Umrissvorlesungen ging man zum Anschauungsunterricht, und dann allmählich zu praktischen Arbeiten über. Heute steht das Notwendigste, Werkzeug, einige Handpressen, Bretter und ein Spirituskücheltisch zur Verfügung. Einen Raum zur Abhaltung der Kurse überließ freundlichweise der katholische Gesellenverein. Die hier erzielten Leistungen müssen daher höher gewertet werden, als die in einer Werkstatt oder einem gut eingerichteten Fachkursus einer Berufsschule gefertigten Arbeiten. (Ein Bild der Ausstellung und Beschreibung der Arbeiten wird in der nächsten Fachbeilage erscheinen. Die Red.)

Die Besucher, darunter auch Bezirksleiter Kollege Steinhardt und der Obermeister der Buchbinder-Innung mit einigen seiner Kollegen, zollten den ausgefallenen Arbeiten vollste Anerkennung und beurteilten die Leistungen als ganz vorzüglich. Besonders gelobt wurde die exakte, saubere Ausführung und die geschmackvolle harmonische Einbandzusammenstellung. So gab die Ausstellung den besten Beweis, daß mit diesen Fachabenden unserer Lehrlinge und jungen Gehilfen das berufliche Interesse im besten Sinne gefördert, und damit auch wertvolle Aufbaurbeit im Dienste unseres schönen Handwerkes geleistet wird. Unser Kollege Lungwih, der als Leiter der Kurse und Mitbegründer unserer Jugendgruppe mit seinen getreuen Helfern das alles aus eigener Kraft geschafft hat, darf in dem guten Gelingen der Ausstellung eine kleine Anerkennung seiner mühevollen Kleinarbeit sehen.

Aber auch die Pflege der gewerkschaftlichen Weiterbildung und der kollegialen Geselligkeit wurde nicht vergessen. Im Anschluß an die Ausstellung trafen sich die beiden Jugendgruppen mit ihren Angehörigen, der Ortsgruppe und einer Reihe von Gästen zu einer wohlgelungenen Jugendveranstaltung. Der Jugendleiter, Kollege Federer, hatte bereitwillige Mitarbeiter gefunden, um den Anwesenden einige Stunden froher Heiterkeit zu bieten. Auch die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen aus Waldkirch boten ihr Bestes, um der Veranstaltung zum guten Verlauf zu verhelfen. Nach den ersten Klängen der „Bumru“, d. h. Buchbindermuffel der Ortsgruppe Freiburg, trug Lehrling Kallenberg in begeisterten Worten den Vorpruch „Jugend heraus“ vor. Für diese Jugend bot Kollege Federer, Freiburg, den Willkommengruß an alle erschienenen Gäste aus nah und fern, und dankte ganz besonders den Vertretern der Innung für ihr Erscheinen. Er ermahnte die Jungmannschaft, in der heutigen Zeit, in der alles stürmt und bricht, offenen Auges der Zukunft entgegenzusehen und in Treue das Banner der Persönlichkeit immer hoch und rein zu halten.

In schönster Harmonie führte dann das Programm über einen in der heutigen Zeit besonders beherzigenswerten „Mahnruf“ des Kollegen Buch zum Referat des Bezirksleiters Kollegen Steinhardt: „Werbung um die Jugend.“ Die Frage eines jeden jungen Menschen von heute heiße: „Wohin des Weges, wohin in der heutigen dunkelverhängten Zeit?“ In Hand von Statistiken wies der Redner die zahlenmäßige Entwicklung der jugendlichen Arbeiter nach. Auch die Vergleiche zwischen männlichen und weiblichen Arbeiter geben zu denken. Deshalb mehr Verantwortung gegenüber der Jugend. Der Wille zur Weiterbildung unserer Jugend, und die Pflege des Berufsgebantens müssen noch stärker ausgeprägt werden. Der Berufsstolz, die Freude an der Arbeit, soll im jungen Menschen mehr und mehr gepflegt werden durch charakterbildende Vorträge, Kurse und Führungen. Besonders wichtig sei in der heutigen Zeit das gute Buch, das bildet, formt und erhebt. Keine Romane, sondern mehr Fachbücher. Auch der Sport dürfe nicht übertrieben werden. Einbringlich empfahl er auch die Mitarbeit und Mitgliedschaft in den zuständigen konfessionellen Ständevereinen. Wochenendkurse fördern die Mitarbeit und zeigen auch da, wie die christlichen Gewerkschaften sich bemühen, gute Kräfte im blühenden Baume zu haben. Für Hege und Pflege, und damit für Erhaltung dieses Baumes sich mit allen Mitteln einzusetzen, sei gerade heute dringend nötig.

Vollstes Verständnis für unsere Jugend zu wecken, vermochten auch die Worte des Kollegen Lungwih, der eindringlich zur Jugend sprach, und sie zu feier Treue aufforderte. Auch der Obermeister der Buchbinder-Innung fand herzliche Worte der Anerkennung für unsere Gruppenarbeit.

So herzlich die Ansprachen, so gut, ja meisterhaft waren die Gedächtnis- und Musikvorträge, welche die Umrahmung derselben bildeten. Ganz vorzüglich waren die Vorträge zweier Hohner-Handharmonikaspieler der Ortsgruppe Waldkirch. Zwischen diesen Darbietungen der Waldkircher Kollegen und denen der Freiburger Bumru boten die Kollegen Buch, Federer und Schmid echten Schwarzwälder Humor. Damit war der Veranstaltung der Stempel eines Heimatabends aufgedrückt, der durch seine Urwüchsigkeit wieder auf einige Zeit über die Wüden des Lebens hinausob. Wenn darum am Schlusse der Veranstaltung Jugendleiter Kollege Federer allen Mitwirkenden den herzlichsten Dank der Anwesenden aussprach, und dabei besonders der Waldkircher Jugendgruppe gedachte, so hatte er sicher gut getan. Unter größten persönlichen Opfern an Zeit und Geld, und voll gutem Willen haben sie unserer Veranstaltung beigegeben. Wir werden es zu danken wissen. Allen Teilnehmern aber wird das glänzend gelungene Treffen unserer beiden südwesentlichen Jugendgruppen in bester Erinnerung bleiben und Ansporn sein zu weiterer, entschlossener Mitarbeit und feier Treue zu unserem Graphischen Zentralverband. Das wird auch den Kollegen der beste Dank sein, die sich um die Vorbereitung und Durchführung viele opfervolle Arbeit gemacht haben.

### Aus den Berufen

#### Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung im Buchbindergewerbe

Am Montag, den 16. November, fanden auf Veranlassung des KZM. unter der Leitung des Herrn Ministerialdirektors Dr. Feig Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung im Buchbindergewerbe statt. Arbeitgeberseitig war nur der Verband Deutscher Buchbindermeister geladen, weil man vorerst nur die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Arbeitszeitverkürzung in Großbuchbindereien überprüfen wollte. Die Vertreter des VB. erklärten sich zur Einführung der 40-Stundenwoche bereit, wenn ein Auswechseln der Arbeiterschaft in einem halbjährigen Turnus zugestanden werde. Die Arbeitszeitbeschränkung soll sich aber nicht auf den Betrieb, sondern lediglich auf die Arbeiterschaft im einzelnen erstrecken. Wer also ein halbes Jahr Arbeitsmöglichkeit hatte, solle zu gunsten Arbeitsloser ausweichen. Weiter soll notwendige Mehrarbeit von über 40 bis 48 Stunden pro Woche zu schlagfrei sein.

Die Arbeitnehmerorganisationen konnten diesem Angebot nicht zustimmen. Der halbjährige Turnus fand auch bei den Vertretern des Ministeriums keinen Anklang. Die Vertreter der Arbeitnehmer waren der Auffassung, daß ein Auswechseln im Rahmen von 4 bis 6 Wochen unter Umständen noch tragbar erscheine und zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen könnte.

Praktisch kann sich zur Zeit eine Arbeitszeitverkürzung in Großbuchbindereien nicht in dem erhofften Sinne auswirken, denn es wurde beiderseitig festgestellt, daß jetzt nur rund 18% vollarbeiten. Die gesamte durchschnittliche Arbeitszeit der noch in Arbeit Stehenden wurde mit 35,2 Stunden pro Woche errechnet.

Da keine Verständigung gefunden wurde, drückten die Vertreter der Regierung den Wunsch aus, die Parteien unter sich möchten sich nochmals mit dem Problem befassen. Nach unserer Auffassung ist es aber kaum möglich, innerhalb der Parteien zu einer Verständigung zu kommen. Nur eine gesetzliche Arbeitszeitbeschränkung auf 40 Stunden für alle Berufe und Industrien könnte geeignet erscheinen, eine günstigere Beschäftigungsmöglichkeit auszulösen. Experimente für einzelne Berufe halten wir für verkehrt, zumal durch Gesetz weder Lohnausgleich noch Einstellungsanzwang möglich ist.

### Aus den Ortsgruppen

**Bonn.** Unsere Quartalsversammlung am 30. Oktober war von rund 2/3 der Mitglieder besucht. Die umfangreiche Tagesordnung wickelte sich unter der straffen Geschäftsführung unseres Vorsitzenden, Kollegen Koll, schnell und zu aller Zufriedenheit ab. Der Kassenbericht, vom Kassierer Kollegen Graßfeld erfaßt, wies einen guten Kassenstand und einen erfreulichen Mitgliedererwerb aus. Die tadellose Kassenführung wurde allseitig anerkannt; der anwesende Zentralkassierer dankte für die gewissenhafte und ersprießliche Arbeit besonders und forderte die Versammelten zu reger Mitarbeit auf.

Ein Vortrag des Kollegen Kurer, Köln, über die Wirtschaftslage, ihre Auswirkungen für die Arbeiterschaft fand gespanntes Aufmerksamkeits. Eine lebhafteste Aussprache schloß sich an, aus der immer wieder der starke Wille durchklang, an der aufbauenden Arbeit unserer christlichen Gewerkschaften mit aller Hingabe mitzuwirken.

So war die beste Überleitung zu dem Punkt „Werbearbeit“ gegeben. Der Vorsitzende konnte berichten, daß die Richtlinien des Zentralvorstandes im engeren Kreise schon durchbesprochen wurden. Trotzdem immer und zu jeder Zeit das Mögliche in der Werbung geschehen müsse, sei jetzt die Zeit zu besonderer Anstrengung und umfassender Kleinarbeit gekommen. Als ersten Erfolg begrüßte er ein neugewonnenes Mitglied und gab Anweisung, wie die weitere Arbeit planmäßig zu gestalten sei. Die Aussprache ergab allseitige Bereitwilligkeit zur Mitarbeit und brachte noch wertvolle Anregungen.

Eine weitere, recht lebhafteste Debatte entwickelte sich über eine Anfrage, wie die unverantwortliche Vehringszählerei eingedämmt werden könne. Kollege Kurer konnte auch hier wichtige Fingerzeige geben.

Ein gutes Beispiel echter Solidarität zeigte der Antrag des Vorstandes, für die Weihnachtshilfe an die Arbeitslosen unserer Ortsgruppe einen Sonderbeitrag zu leisten. Ohne Debatte erfolgte Annahme. Die sofort ausgelegte Liste wies ganz ansehnliche Einzeldruckungen auf.

So verlief die Versammlung in bester Harmonie. Einige besonders heftige konnten sich nur schwer aus dem heimeligen Versammlungsraum trennen. Die Aus-

wirkung möge sein, daß in der nächsten Versammlung noch mehr da sind und ein stattlicher Zuwachs bis dahin erzielt ist.

**Essen.** Wir machen unsere Mitglieder hierdurch darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im katholischen Gesellenhaus — Steeler Straße 36, eine Gemeinschaftsversammlung mit dem Gutenberg-Bund stattfindet. Wir bitten unsere Mitglieder dringend und herzlich, zu dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Kollege Kemblüger, Dortmund und Kollege Linjen vom Gutenberg-Bund, Köln, werden sprechen.

**Saarbrücken.** Man konnte recht Freude empfinden über die starke Beteiligung an unserer Versammlung am 23. Oktober. Der Vorsitzende, Kollege Kienopp, gab dem in der Begrüßung Ausdruck und nahm dann zunächst Stellung zu den Lohnarbeitsbedingungen im Reich. Sodann besprach die Versammlung geschäftliche Maßnahmen des Ortsgruppenvorstandes und billigte einmütig die zur reibungslosen Beitragskassierung getroffenen Abmachungen.

Im Anschluß führte uns Kollege Kientopp in die Schönheiten deutscher Dichtung ein. Er gab eine Schilderung aus dem Leben und den Werken des großen Dichters Schiller und verstand es meisterhaft, das Verständnis für die hohen Kulturwerte klassischer Dichtung zu wecken. Die Versammlung spendete reichen Beifall und drückte den Wunsch aus, in Bälde wieder einen ähnlichen Vortrag zu hören.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen für die große Aufmerksamkeit und bat, auch fernerhin die Versammlungen so vollständig zu besuchen. Nur in untrügendem, freudigem Zusammenhalten werden wir eintrachtige Ortsgruppe zu voller Blüte bringen. D. R.

### Literatur-Eingänge, Besprechungen

**Deben, Peter.** Schreinermeister, Doktor der Philosophie und der Rechtswissenschaften, Leben und Gegenwart. Ein Führer für die gewerbliche Jugend, 8° (VIII und 104 S.), Freiburg im Breisgau 1931, Herder. Kartontiert 1,20 RM.

Das Buch richtet sich an die Jungmannschaft im Handwerk und in der Industrie. Der Verfasser, der durch seine Tätigkeit als Handwerkslehrling, Geselle und Meister mit der gewerblichen Jugend denken und fühlen gelernt hat und infolge seiner Berufstätigkeiten auf berufspädagogischem und arbeitsrechtlichem Gebiet auch in wissenschaftlichen Kreisen sein Ansehen hat, gibt hier in packender und ungenüßlich plötzlicher Sprachgestaltung Antworten auf die Kernfragen des Lebens, wie es dem jungen Menschen aufgegeben ist.

Was er über Selbsterziehung, über den Sinn des Lebens, über Ehe und Familie, über Vaterland und Staat, über das Recht auf Arbeit und manche Dinge, die den jungen Menschen über Unterricht und Schule hinaus beschäftigen, sagt, ist auf der einen Seite so vollständig und allgemeinerfänglich und dann doch wieder von einer so seltenen Tiefgründigkeit, daß nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die Erwachsenen das Buchlein mit großem Interesse lesen werden.

Unseren Jugendführern und allen, die irgendwo mit jungen Menschen zu tun haben, wird hier eine reiche Fülle von Anregungen und oft überraschenden Gedanken geboten. Ein Gedankengang, das deshalb so packend und mitreißend wirkt, weil es in seiner Form auf tiefer Religiosität fundiert und zugleich aus praktischer, lebendiger Verbundenheit mit dem einfachen, schlichten Werk schöpft. Hier ist feinsinnige Lebensweisheit in solcher Handwerksarbeit dargeboten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

**Abrechnungen** sandten ein bis zum 14. November 1931: Kachen, Frankfurt, Al.-Weheim, Trier, Krefeld, Dortmund, Bochum, Dülmen, Essen, Hamm, Hannover, Dortmund (Eingelmitglieder), Fröndenberg, Freiburg, Karlsruhe, Kottbus, Waldkirch, Berlin, Bielefeld, Göttingen.

**Gelder** sandten ein bis zum 14. November 1931: Al.-Weheim, Münster, Bielefeld, Dortmund, Köln, Breslau, Oberrodenbach, Donaueschingen, Augsburg, Freiburg, Waldkirch, Eberfeld, Bonn, Düren, Waldenburg, Neuried, Dortmund, Kottbus, Hamm, Dülmen, Seibronn, Wärsleben, Pirmasens, Wülfrath, Berlin, Essen, Mainz, Laar, M.-Gladbach, Breslau, Kachen, Trier, Frankfurt.

Es fehlen noch 23 Abrechnungen aus. Wir bitten um sofortige Einlieferung und machen darauf aufmerksam, daß die fehlenden in der nächsten Zeitung veröffentlicht werden müssen.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

### Anzeigen

Unserem lieben Kollegen  
**Kurt Friedrich**  
nebst Braut zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.  
Ortsgruppe Göllich.

Unseren lieben Kollegen  
**Wilhelm Janßen**  
**Gottfried Heimes**  
zum 40jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma  
H. Riffarth die herzlichsten Glückwünsche.  
Ortsgruppe M.-Gladbach.